

GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21



November 2014

Zur Diskussion um den „GdL-Streik“

Infos zur (Gegen-)Meinungsbildung von den GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21, darunter eine Erklärung von „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ (im Aktionsbündnis gegen S21) und eine bemerkenswerte Pressemitteilung der GdL zu Stuttgart 21 - einen Tag vor der entscheidenden DB-Aufsichtsratssitzung am 5. März 2014

Die halbe Republik gerät schier in Rage, wenn es um die Streiks der GdL geht. Ganz anders die gut 300 Stuttgart 21-GegnerInnen, die kürzlich nach Bonn aufgebrochen waren, um beim Eisenbahn-Bundesamt für Ausnahmegenehmigungen ihren Protest zu platzieren. Auch sie hatten zu leiden unter den Folgen des Streiks: Viele mussten noch früher aufstehen, um um 6h den Sonderzug zu erreichen. Viele Beiträge mussten ausfallen oder

Lokführer
beliebt bei
S21 -
Gegnern

verlesen werden. Und dennoch: Als ein Redner seine Solidarität mit den streikenden GdLern erklärte, gab es großen Applaus.

Sind die S21-GegnerInnen so anders als der Rest der Republik? Oder liegt es daran, dass sie sich nach langjährigen

Erfahrungen mit der Bahn AG und mit der veröffentlichten Meinung nicht mehr so einfach ein X für ein U vormachen lassen? Sehr gut erinnern sie z.B., dass es Mario Reiß von der GdL war, von dem die

einzigste Gegenstimme kam, als es in der AR-Sitzung am 5. März 2013 um den Weiterbau von Stuttgart 21 trotz dramatischer Kostenexplosion ging. Die VertreterInnen der konkurrierenden EVG dagegen verhalfen nach kurzem Gemose der Linie der Arbeitgeberseite, gesponsort von Merkel über Pofalla, eine satte Mehrheit für die Fortsetzung des Katastrophenprojekts.

Aber was sagt das über den derzeitigen Tarifkonflikt bei der Bahn? Viel! Denn die Gegenstimme von Reiß ist Ausdruck von gewerkschaftlicher Autonomie gegenüber der Arbeitgeberseite. An dieser Unabhängigkeit, die elementares Kriterium von Gewerkschaftlichkeit ist, mangelt es der konkurrierenden EVG seit langem. Immer treu an der Arbeitgeberseite hat sie all die Fehlentscheidungen mitgetragen, deren Opfer jetzt die Beschäftigten selbst werden – von der Privatisierung der DB 1994, über einen gigantischen Personalabbau, der nicht nur

bei den Stellwerkern in Mainz zu Engpässen führte, bis hin zu der fatalen S21-Gefolgschaft, mit der der Bahn in Milliardenhöhe das Geld entzogen wird, das für die Infrastruktur und auch für die anständige Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten so dringend benötigt würde. Auch Arbeitsplatzabbau, der jetzt

vielen Beschäftigten von DB-Regio wegen der Neuvergabe der Stuttgarter Nahverkehre droht, hat viel mit dieser von der EVG mitgetragenen

Bahnpolitik und den Reputationsverlusten infolge der provokativen S21-Politik der DB zu tun.

Engagierte GewerkschafterInnen beeindruckt auch, dass die GdLeine zukunftstauglichere Organisations- und Tarifpolitik betreibt. Früher als der Platzhirsch EVG hat sie erkannt, dass es darauf ankommt, auch bei den vielen neuen privaten Bahnkonkurrenten ein Bein auf

Gewerkschafts- bewegung heißt Einheits- Gewerkschaft

den Boden zu bekommen und damit der Dumpingpolitik Einhalt zu gebieten. Auch dass die GdL das Thema Arbeitszeitverkürzung in diesem Tarifkonflikt wieder aufgreift, zeigt, dass sie gewerkschaftliche Schlüsselthemen voranbringt.

Problematisch ist allerdings das von der GdL vertretene Konzept des „Gewerkschaftspluralismus“. Konkurrenz und Gegeneinander unterschiedlich starker Beschäftigtengruppen schadet letztlich allen. Die große Lektion aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung heißt Einheitsgewerkschaft. Nur alle zusammen, egal welcher Religion, welcher politischen

Überzeugung, welcher Herkunft und welchen Berufs sind in der Lage dem strukturellen Übergewicht der Arbeitgeberseite etwas entgegen zu setzen. Gerade um gesetzliche Eingriffe in das Streikrecht zu vermeiden, müssen die GdL und EVG zusammenkommen, ihr Druckpotential für die ganze Belegschaft einbringen.

Zusammen wären sie stärker, unabhängiger und könnten sich bahnpolitisch selbstbewusster einbringen – und das kann auch im Interesse der Bahnbeschäftigten nur heißen: Schluss mit der Ruinierung der Bahn, raus aus Stuttgart 21!

Grundgesetz schützt die Koalitionsfreiheit als Grundrecht

Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Grundgesetz Art. 9 Abs. 3 Satz 1 und 2



Pressemitteilung 4. März 2014

Ausstieg aus Stuttgart 21

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn soll morgen der Erhöhung des Finanzierungsrahmens des umstrittenen Bahnprojekts Stuttgart 21 um zwei Milliarden Euro nicht zustimmen. Das forderte der Hauptvorstand der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) nach eingehender Bewertung der Chancen und Risiken ...

„Die Bahn und damit letztendlich die Beschäftigten, die die Mehrkosten erarbeiten müssen, sollen die Projektmehrkosten alleine tragen. Schon dadurch wird eine Zustimmung für ein AR-Mitglied auf der Arbeitnehmerseite unverantwortlich“, so der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky und weiter: „Mit dem heutigen Kenntnissstand würde man ein solches Projekt überhaupt nicht beginnen. Auch aus aktienrechtlichen Erwägungen heraus, also zum Schutz des Unternehmens, dürfte ein verantwortungsvoll agierender Aufsichtsrat keine Zustimmung geben. Das zieht auch niemand mehr in

Zweifel. Es soll also nur wegen der hohen Ausstiegskosten weitergebaut werden und weil es angeblich an Alternativen fehlt.“ Derzeit kann niemand die tatsächlichen Ausstiegskosten exakt und solide beziffern. Fest steht aber, dass bezogen auf die Mehrkosten nur die heute bekannten Risiken bewertet werden können. Die Weiterführung des Projekts führt bereits heute zu einer negativen Eigenkapitalrendite. „Es ist also bereits bekannt, dass Kapital vernichtet wird. Aufsichtsräte haben aber die Verpflichtung, Schaden vom Unternehmen abzuwenden. Deshalb müssen vordringlich und sorgsam Alternativen zum geplanten Tiefbahnhof geprüft

werden, wie eine Modernisierung und ein Teilumbau des bestehenden Kopfbahnhofs“, so Weselsky.

Darüber hinaus sind weiterhin das Brandschutz- und Fluchtwegkonzept sowie das Grundwassermanagement von Stuttgart 21 umstritten. Experten sprechen von erheblichen Risiken, die zu weiteren Mehrkosten führen werden. Auch die Sicherheitskonzeption für das Befahren des Bahnhofs aufgrund der erheblichen Gleislängsneigung ist noch völlig offen. Die Planungen sehen vor, dass der gesamte Bahnhof um sechs Meter abfällt, bezogen auf die Länge

eines Bahnsteigs. Das ist besonders für ältere Reisende oder Reisende mit Kinderwagen eine nicht unproblematische Situation. Es besteht aber auch die Gefahr des unbeabsichtigten Wegrollens von Zügen. Zusätzliche technische Ausstattungen der Züge, die das zuverlässig verhindern, sind der GDL nicht bekannt.

Weselsky: „Alles in Allem ist es zwingend notwendig, dass die Verantwortlichen endlich den Mut haben, aus dem umstrittenen Projekt auszusteigen. Lieber ein Ende mit Schrecken, als Schrecken ohne Ende!“

Arbeitgeber scheinheilig

Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt schon heute vielfach nicht; man denke nur an freie Mitarbeiter oder Leiharbeiter, die die gleiche Arbeit machen wie Festangestellte, aber anders entlohnt werden. Das wollen die Arbeitgeber, hier interessiert sie die Tarifeinheit nicht.

Heiner Dribbusch, Tarifexperte im WSI (des DGB) taz, 29.10.2014

In einer Presseerklärung (Berlin 19. Oktober 2014) stärkt die Bahnexpertengruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB) der GDL den Rücken im laufenden Tarifstreit

... "Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) nach besserer Entlohnung und insbesondere nach einer Arbeitszeitverkürzung. Wir verfolgen die Streikmaßnahmen der GDL mit Interesse und Sympathie. Wir fordern den Vorstand der Deutschen Bahn AG auf, ihre bislang unnachgiebige Haltung aufzugeben und im Interesse der Beschäftigten und der Fahrgäste seriöse Vorschläge zu machen, auf deren Basis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden kann.

Wir sehen das Vorhaben der



Bundesregierung kritisch, mit einem sogenannten Tarifeinheitsgesetz kleine Gewerkschaften wie die GDL faktisch existenziell zu

bedrohen. Insbesondere kritisieren wir das Vorgehen des Vorstands der Deutschen Bahn AG, in der Auseinandersetzung mit der GDL auf

Zeit zu spielen und darauf zu spekulieren, dass der Gesetzgeber ein Tarifeinheitsgesetz beschließt und damit die verfassungsrechtlich garantierte Koalitionsfreiheit in Frage stellt. Arbeitskämpfe im Bahnbereich sind immer auch mit Belastungen für die Bahnkunden verbunden.

Auch aus diesem Grund appellieren wir an das Bahnmanagement, so schnell wie möglich eine Einigung zu ermöglichen, damit die Bahn nicht weiter Marktanteile an die Konkurrenz von Straße, Fernbus und Luftverkehr verliert. Eine Einigung, die den berechtigten Interessen der Bahnmitarbeiter an attraktiven, humanen Arbeitsbedingungen Rechnung trägt, muss schnell

erreicht werden. Denn eine Voraussetzung für die von uns geforderte Bürgerbahn und Flächenbahn besteht darin, dass die Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Unternehmen Deutsche Bahn wieder hergestellt wird. Das erfordert, dass das Top-Management der DB AG konstruktiv auf die Forderungen der GDL eingeht."

Gezeichnet wurde der offen Brief von:

Prof. Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack, Gröbenzell // Thilo Böhmer, Rodgau, Lokomotiv- führer // Dr. Christoph Engelhardt, München, Initiator der Faktencheckplattform WikiReal.org // Klaus Gietinger, Wilhelmshorst, Regisseur (u.a. „Tatort“) und Buchautor // Johannes Hauber, Mannheim, President Industrial Railway Committee // Eberhard Happe, Celle, Bundesbahndirektor a.D., Dipl.-Ing. // Prof. Dr. Wolfgang Hesse, München // Andreas Kegreiß, Herrenberg, Dipl.-Ing. // Andreas Kleber, Schorndorf, Mitbegründer der Horber Schientage, Pro Bahn Baden-Württemberg // Dr. Bernhard Knierim, Berlin, Autor // Karl-Heinz Ludewig, Berlin, Verkehrswissenschaftler // Prof. Heiner Monheim, Bonn; Autor, Geograph und Verkehrswissenschaftler // Prof. Jürgen Rochlitz, Burgwald-Eder // Roland Schuster, Mannheim, stellv. Betriebsratsvorsitzender Bombardier Transportation // Gangolf Stocker, Stuttgart, Gemeinderat Stuttgart // Dr. Winfried Wolf, Wilhelmshorst, Buchautor

Nahles' Gesetz: Gift für die Tarifautonomie

„Eine einheitliche und solidarische Interessenvertretung aller Beschäftigten eines Betriebes muss von den Gewerkschaften in eigener Autonomie realisiert werden, wenn sie erfolgreich sein soll. Staatliche Eingriffe sind hier Gift für die Tarifautonomie“.
Gabriele Schmidt, verdi-Landesbezirksleiterin NRW am 28.10.2014



LETZTE MELDUNG:

Um sachlich und solidarisch über Arbeitskampf der GdL zu berichten und dem geplanten Tarifeinheitsgesetz entgegenzutreten soll es schon in den nächsten Tagen eine regelmäßig erscheinende Streikzeitung geben. Getragen wird das Projekt von BahnkritikerInnen, linken GewerkschafterInnen und S21-GegnerInnen wie Tom Adler, dem Schauspieler Rolf Becker, Johannes Hauber von der IGM und den GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21. Die Koordination macht Winnie Wolf.

Preisliste gestaffelt von 30 bis 15 Cent/Expl für Abnahme ab 10Expl bis ab 250/Expl.

Spenden: Konto: BFS e.V. // Mittelbrandenburgische Sparkasse //
IBAN: // DE04 1605 0000 3527 0018 66
Bestellungen: pro-gdl-streik14@mail.de

GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21
www.gewerkschaftergegens21.de

V.i.S.d.P. Walter Kubach, Urbanstr. 15, 74395
Mundelsheim

